

Rede von Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag (Berlin, 18. Dezember 1989)

Legende: Am 18. Dezember 1989 analysiert Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), auf dem Parteitag in Berlin die Situation in den beiden deutschen Staaten nach dem Fall der Berliner Mauer und betrachtet das Ereignis in seinem historischen Kontext. In seiner Ansprache ruft der ehemalige deutsche Bundeskanzler zur Vereinigung Europas auf und betont die wichtige Aufgabe der Europäischen Gemeinschaften gegenüber den Ländern Osteuropas.

Quelle: Protokoll vom Programm-Parteitag. Berlin. 18.-20.12.1989. Bonn: Vorstand der SPD, [s.d.], p. 124-142. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_auf_dem_spd_parteitag_berlin_18_dezember_1989-de-45a5f0c8-942e-451c-b46c-fee8f92f9d81.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt, Ehrenvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, auf dem Programm-Parteitag (Berlin, 18. Dezember 1989)

Meine Damen und Herren! Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Liebe Freunde! Ich habe mich für viele Freundlichkeiten zu bedanken. Die Einladung, am 19. März nach Erfurt zu kommen, nehme ich besonders gerne an. Morgen abend bin ich erst einmal in Magdeburg.

(Beifall)

Ich bedanke mich für die wirklich überzeugend europäische Rede des britischen Oppositionsführers vor diesem Parteitag.

(Beifall)

Apropos Geburtstage und Alter: Als Pablo Casals, der große Cellist, 90 wurde, hat ihn jemand gefragt, ob es stimme, daß er noch jeden Morgen zwischen vier und fünf Stunden übe. Er hat gesagt: Ja, weil ich herausfinden und versuchen will, ob ich nicht hier und da noch ein bißchen besser werden kann. Also, laßt mich versuchen.

(Beifall)

Meine Gedanken gehen heute 26 Jahre zurück, nämlich zum 18. Dezember 1963. Herta hat daran erinnert, und auch Walter Momper hat es getan. Welch ein Weg von jenen bescheidenen Berliner Passierscheinen bis hin zur innerdeutschen Reisefreiheit! Damals war viel Freude in der Stadt, auch damals schon. Doch es gab auch damals nicht nur Zustimmung.

Ein geschätzter CDU-Kollege, der Bundesminister Ernst Lemmer, fragte mich, ob wir uns nicht mit allzu wenig hätten abspesen lassen. Ich habe damals gesagt, wir hätten uns vorgenommen, die offenen Themen Schritt für Schritt abzuarbeiten. Ich fügte hinzu: Noch so kleine Schritte sind mehr wert als alle großen Worte.

(Beifall)

In der Tat, unzulängliche Vereinbarungen und schwierige Verträge haben dazu gedient, den Zusammenhalt der getrennten Familien, der getrennten Volksteile und der gespaltenen Nation wahren zu helfen. Ich blieb der Meinung, die ganze Politik soll sich zum Teufel scheren, wo sie nicht dazu dient, Menschen in Bedrängnis das Leben etwas leichter zu machen.

(Beifall)

Welche vernünftige Orientierung können wir in unserem Volk heute verwirklichen? Ich wende mich mit meiner Antwort über diesen wichtigen Parteitag hinaus an die Landsleute diesseits und jenseits der bisher so schmerzhaft trennenden Linien.

Erstens. Einander beistehen ist jetzt der Deutschen erste Bürgerpflicht.

(Beifall)

Zweitens. Mit dem Einstieg in ein neues Verhältnis zwischen den beiden Staaten braucht nicht gewartet zu werden, bis die Mai-Wahlen in der DDR stattgefunden haben;

(Beifall)

aber der Weg zu unbezweifelbarer Demokratie muß störfrei gehalten werden.

(Beifall)

Drittens. Gemeinsame Interessen sprechen dafür, daß das Werk der Neugestaltung im anderen Teil Deutschlands jetzt Vorrang hat. Recht muß einkehren, Hektik gedämpft, Gewalttätigkeit vermieden, umfassende ökonomische und ökologische Zusammenarbeit eingeleitet werden.

Viertens. Es kann keine Rede davon sein, im Westen die Schotten dicht zu machen; aber die jetzt und künftig Verantwortlichen stehen in der Pflicht, sich über die sozialen Konsequenzen von Freizügigkeit und weiterreichender Einheit klarzuwerden.

(Beifall)

Fünftens. Auf gar keinen Fall darf man sich zu etwas hinreißen lassen, was Konflikte mit den ausländischen — in diesem Fall sowjetischen — Streitkräften zur Folge hätten. Sie haben sich in die Ereignisse des Oktober 1989 erfreulicherweise nicht hineinziehen lassen und werden im übrigen ja auch nicht immer dort bleiben, wo sie heute sind.

(Beifall)

Vor aller Augen, liebe Freunde, vollzieht sich ein Zusammenbruch der über 40jährigen SED-Herrschaft — mit viel Fehleinschätzung, Unwahrhaftigkeit, Mißachtung der Bürger: Eine gute Orientierung können wir nur geben, wenn wir uns hinreichend bewußtmachen, mit welcher tiefgreifenden, ja revolutionären Umwälzungen wir es in Europa zu tun haben. Ja, erneut wird ein Jahr 89 — 1989 wie 1789 — als ein großes Jahr eingehen in die europäische Geschichte.

(Beifall)

Und es ist gut, sagen zu können: Die Deutschen waren dabei — jedenfalls nicht als Letzte, auch nicht mit dem geringsten Gewicht.

(Beifall)

Aber Europa ist der eigentliche Gegenstand, Deutschland ein wichtiges, ein sehr wichtiges, glaube ich, Unterthema. Die Völker hatten genug vom gängelnden Führungsanspruch derer, die diesen weder verdient hatten, noch ihm gewachsen waren. Sie hatten mehr als genug davon, daß Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit, Bürgerrechte überhaupt systematisch mit Füßen getreten wurden. Sie hatten mehr als genug von der Mißwirtschaft derer, die sich selbst nicht schlecht bedienten, aber die vielen anderen um den Ertrag ihrer geistigen und körperlichen Arbeit brachten.

Was die Völker jetzt voranbringen, gibt unserem alten Kontinent ein neues Gewicht. Amerika bleibt wichtig, Ostasien wird wichtiger, aber Europa sackt nicht ab. Ich habe das Anfang des Jahres in Amerika noch anders gehört. Ich wiederhole: Europa sackt nicht ab. Daß seine Teile zusammenwachsen, entspricht einer geschichtlichen Logik. Und die Menschen spüren: Das Zukünftige ist besser gesichert, wenn hierüber gemeinsam und verantwortlich befunden wird. Es kann nun auch als sicher gelten, daß wir — unter welcher Form von Dach auch immer — der deutschen Einheit näher sind, als dies noch bis vor kurzem erwartet werden durfte. Die Einheit von unten wächst, und sie wird weiter wachsen.

(Beifall)

Diese Einheit, die wächst, wird einen politischen Ausdruck finden, auch wenn dies noch einige eingetübte Statusdiplomaten im eigenen Land und in anderen Ländern aufscheuchen mag.

Aus den Wahlen im Mai wird eine neue Regierung für die DDR hervorgehen. Ob die Übergangsregierung bis dahin zurechtkommt, ohne mehr unbelastete Fachleute, zumal solche von den Vertretern der demokratischen Opposition benannt, wird sich zeigen. Die beiden deutschen Seiten dürften ihre engere

Zusammenarbeit nicht durch fachliche Unzulänglichkeiten über Gebühr belasten lassen.

Liebe Freunde, wie wir Deutschen unsere inneren Probleme lösen, dazu brauchen wir — bald ein halbes Jahrhundert nach dem Krieg — kaum noch auswärtigen Rat. Über unsere Stellung in Europa und in der Welt verfügen wir freilich nicht ganz allein. Präsident Francois Mitterrand hat hierzu Hinweise gegeben, die zu überhören unklug wäre.

Einige Staatsmänner oder Staatsfrauen scheinen sich allerdings schwerzutun, wenn die Gelegenheit bestehen könnte, einlösen zu sollen, wozu sich ihre Vorgänger auf geduldigem Papier gern bekannten.

(Beifall)

Freilich: Nur Naivlinge oder Stümper haben annehmen können, es würde nicht noch schwierig werden, wenn die nationalen Fragen der Deutschen — ich wähle bewußt den Plural — durch den Gang der Geschichte — lies jetzt: durch das Volk selbst — aufgerufen würden. Der Fall ist da.

Und nichts wird wieder, wie es war. Wir können helfen, daß zusammenwächst, was zusammengehört — auch wenn nicht alles schon nächste Woche nachmittags um sechs passiert.

Eine Wiedervereinigung von Teilen, die so noch nie zusammen waren, wird es nicht geben;

(Beifall)

eine Rückkehr zum „Reich“ erst recht nicht.

(Beifall)

Das und nichts anderes war die „Lebenslüge“ der 50er Jahre, an der ich ja auch mal beteiligt war, die aber weiter zu pflegen ich nicht für richtig hielt.

(Beifall)

Immerhin hatte ich dabei das Grundgesetz auf meiner Seite; denn es spricht nicht vom „Wieder“, sondern von Selbstbestimmung, von Einheit in Freiheit, von Europa und davon, dem Frieden zu dienen.

(Zustimmung)

Es ist, liebe Freunde, kein Beweis überentwickelter Staatskunst, wenn man sich mit schweren Steinen im Rucksack auf einen Gipfel begibt.

Stein Nr. 1: Der wahltaktische Umgang mit der Ostgrenze, von dem ja heute morgen schon die Rede war. Dabei ist klar, sonnenklar: Wer den künftigen Zusammenhalt der Deutschen gefährden will, der muß — und sei es nur mit advokatorischen Mitteln — gegen die heutige Westgrenze Polens anrennen; keinen Staat auf der ganzen Welt hätten wir dabei auf unserer Seite.

(Beifall)

Stein Nr. 2: Die deutsche Interessenlage erlaubte kein Schwanken angesichts der Europäischen Währungsunion. Wer sich vor der D-Mark fürchtet, dem muß gesagt werden, er möge gemeinsam mit uns für eine starke europäische Währung, für einen starken ECU sorgen.

(Beifall)

Stein Nr. 3: Statt immer noch militärische Halb-Weltmacht — ich habe nicht gesagt Halbwelt-Macht — spielen zu wollen, hätte unzweideutig rüberkommen müssen — Jochen Vogel hat es hier heute früh deutlich

genug gesagt —, daß beide Seiten in Deutschland sich in dieser Situation gefordert fühlen müssen, Schrittmacherdienste für Abrüstung zu leisten.

(Beifall)

Dabei war und bin ich dafür, das jeweils erreichbare Maß an Gemeinsamkeit anzustreben, wo Existenzfragen der Nation und Europas anstehen. Es bleibt immer genug übrig, worüber zu streiten sich lohnt.

Es wäre müßig, wenn wir uns jetzt — hüben wie drüben — mit einer gewissen deutschen Gründlichkeit in das Thema vertieften, unter welcher Art von gemeinsamem Dach wir in Zukunft leben werden. Doch wenn es wahr ist, daß die Teile Europas zusammenwachsen, was ist dann natürlicher, als daß die Deutschen in den Bereichen, in denen sie mehr als andere in Europa gemeinsam haben, enger miteinander kooperieren.

(Beifall)

Denn nirgends steht auch geschrieben, daß sie, die Deutschen, auf einem Abstellgleis zu verharren haben, bis irgendwann ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat. Das ist nicht das, was in meinem Verständnis Einbettung bedeutet. Allerdings gebe ich gern zu, daß beide Züge, der gesamteuropäische und der deutsche, bei ihren Fahrten vernünftig zu koordinieren sind. Denn wer hätte etwas davon, wenn sie irgendwo auf der Strecke zusammenstießen?

Gewiß, liebe Freunde, Sicherheitsinteressen der anderen haben selbst dann Gewicht, wenn sie sich stärker an eingebildeten als an objektiven Gegebenheiten orientieren oder aus diesen ableiten. Viele von uns sehen ein, daß ein deutsches Haus nicht gut zwei militärische Bündnisse beherbergen kann. Aber ist das nicht bloß eine Momentaufnahme? Sind die Bündnisse nicht dabei — das im Osten allemal —, ihren Charakter zu ändern? Werden wir es nicht insoweit in absehbarer Zeit mit einer veränderten, grundlegend veränderten Wirklichkeit zu tun haben? Bis sie eines Tages hinfällig geworden sein werden, mögen die Bündnisse noch wichtige Aufgaben erst der Vergewisserung, dann der Abwicklung zu erfüllen haben. Ich plädiere insoweit — maßgebenden Einwänden in West und Ost nachspürend — für etwas Geduld.

Ich plädiere — insoweit dem Bundespräsidenten folgend — auch sonst für einige Gelassenheit. Aber ich möchte doch auch — und mißversteh dies bitte nicht — die Verbündeten der Bundesrepublik bitten und dem bisherigen Hauptverbündeten der DDR zu erwägen geben, uns nicht über Gebühr diplomatischen Finessen auszusetzen,

(Beifall)

die geeignet wären, die deutsche Szene mit nationalistischen Reaktionen zu belasten.

(Erneuter Beifall)

Die Drei Mächte — in diesem Fall die USA, die UdSSR und Großbritannien — haben den Deutschen auf der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 die Chance der Einheit in Aussicht gestellt. Die regelmäßigen Bekundungen zugunsten deutscher Einheit — etwa als ritueller Bestandteil von NATO-Texten, an denen auch ich zeitweilig mitzuwirken hatte — sind doch nicht etwa in der Erwartung abgegeben worden, niemandem werde die Probe aufs Exempel abverlangt? Und die gesamteuropäische Vereinbarung von Helsinki soll doch wohl schon gar nicht zu einem Hindernis dagegen aufgebaut werden, daß die Teile Deutschlands — einvernehmlich und in Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung — überflüssig gewordene Trennzäune wegräumen? Auch Vorbehalte der Vier Mächte sollten mit Blick auf die Jahrtausendwende nur mit großer Vorsicht aus der Vitrine geholt werden.

Ich kann nicht dazu raten, den Deutschen — bei ungenügender Berücksichtigung des Generationenwandels — den Eindruck zu vermitteln, es werde über ihre Köpfe hinweg über Dinge verfügt, die sie selbst angehen.

(Beifall)

Die Mächtigen dieser Welt haben es, wie wir selbst, nicht mit der ersten, sondern mit einer zweiten Generation derer zu tun, die nach 1945 heranwuchsen. Im Übergang zu den 90er Jahren — 45 Jahre nach Kriegsende — taugt die Kategorie Sieger-Besiegte nicht mehr.

(Beifall)

Die jungen Deutschen — ich, der ich die Geschichte dieses Volkes über lange Zeit verfolgt habe, darf dies wohl sagen —, die jungen Deutschen von heute wollen Frieden und Freiheit wie die Jungen — jedenfalls die meisten — in anderen Ländern auch. Und wer will ernsthaft widersprechen, wenn ich hinzufüge: Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden.

(Beifall)

Nun weiß freilich niemand, wie weit das Pendel ausschlägt, bevor die Zeit neu zu messen sein wird. Irrationale Sonderausschläge sind zu vermuten; es gibt sie schon. Wo demokratische Energien freigesetzt werden, bleibt Abfall zurück. Nationalistische Verirrungen, ständestaatliche Ladenhüter, rassistische Scheußlichkeiten — an mehr als einer Stelle in Europa ist vieles davon wieder da und verlangt, unterschiedlich von Land zu Land eine deutliche Antwort.

Ein Rückfall in den Vorkriegsnationalismus darf sich Europa wirklich nicht leisten.

(Beifall)

Für unser Land heißt dies: Verantwortungsvolle und geschichtsbewußte Deutsche dürfen sich nicht zu nationalistischem Verhalten mißbrauchen lassen.

(Beifall)

Das wäre, von anderem abgesehen, gegen den aufrechten Gang.

Vor knapp 14 Tagen habe ich in Rostock — es war lange her, seit ich das letzte mal da sein konnte; das war während der Nazizeit auf dem Weg von Skandinavien nach Berlin mit dem Paß eines anderen Landes — gesagt: Die deutsche Sozialdemokratie ist wieder da, in Deutschland; indem sie in der DDR wieder da ist, ist sie in Deutschland wieder da, nicht nur bei uns im deutschen Westen. Auch insoweit wächst zusammen, was zusammengehört.

(Beifall)

Wie immer organisatorische Dinge geregelt und der sich verändernden deutsch-deutschen Lage angepaßt werden mögen, Deutschland braucht eine sozialdemokratische Bewegung.

(Beifall)

Aus dem führenden Kreis der namensergänzten Einheitspartei wird jetzt bekundet, man erinnere sich auch sozialdemokratischer Werte. Das ist löblich, und ich hielte es auch gegenüber Ländern für borniert, nähme man nicht mit gebotener Aufgeschlossenheit Kenntnis von den „Mutationen“, den Artveränderungen kommunistischer Parteien. Doch unserer Wohltätigkeit sind Grenzen gesetzt, denke ich.

(Beifall)

Und an Gedächtnisschwund leiden wir hoffentlich auch nicht.

(Beifall)

Es muß in Ordnung gebracht werden, was Sozialdemokraten und — ich füge hinzu — nicht anpassungswilligen Kräften der anderen Parteien wie Jakob Kaiser zu seiner Zeit in den Jahren 1946 folgende angetan wurde. Wir lassen auch über die Entwicklung seitdem mit ihren Verfolgungen und Verfälschungen nicht einen Mantel des Verschweigens legen.

(Beifall)

Die jüngeren Leute, die die Konkursverwaltung der SED übernommen haben, können sich weithin auf persönliche Nichtbeteiligung berufen, wo es sich um die Verfolgung der Sozialdemokraten handelte. Sie müssen sich trotzdem sagen lassen: Damals handelte es sich nicht um Vereinigung, sondern es handelte sich um Gefangennahme der Sozialdemokraten und um die Verfolgung unserer Idee. Und die dauerte auch in Tauwetterzeiten an. Jetzt wird es Frühjahr, und die Gefangenschaft geht zu Ende. Da muß die Wahrheit auf den Tisch. Mich braucht niemand zu belehren, daß in den Kerkern, in den geheimen Zirkeln und im Exil während der Naziherrschaft eine Sehnsucht nach Einheit answoll. Ein Wunsch nach Zwangsvereinnahmung war das nicht. Zu der kam es durch böse Nachhilfemethoden der damaligen Besatzungsbehörden.

Es gab bekanntlich nicht nur sporadischen Widerstand, es gab einstimmige Ablehnungen, wie am 6. Januar 1946 im Rostocker Stadttheater: einstimmig durch die Mitgliederversammlung. Doch der Wille der Mitglieder zählte nicht. Opponierende Funktionäre wurden ins Zuchthaus befördert, nach Sibirien deportiert. So auch in Sachsen, so vielerorts sonst in der damaligen Ostzone. Die Wahrheit kommt auf den Tisch.

(Beifall)

Aus dem Vorstand der SED war jetzt zu vernehmen, am Zusammenschluss von 1946, da legal zustande gekommen, sei nichts in Ordnung zu bringen. Das ist ein ernster Irrtum. Die Wahrheit kommt auf den Tisch. Und gravierendes Unrecht muß im Rahmen des Möglichen wieder gut gemacht werden.

(Beifall)

Dabei rufe ich ausdrücklich nicht nach einer „Rehabilitierung“ durch Instanzen, die dazu weder moralisch noch politisch legitimiert sind.

(Beifall)

Markus Meckel heute vormittag — ein glücklicher junger Mann, geboren 1951 — fragte, was denn wohl 1961 — da war er zehn Jahre alt — mit den Sozialdemokraten im Ostsektor von Berlin gewesen sei? Ja, die Vier-Mächte-Beschlüsse ließen es zu, daß bis dahin, wenn auch drangsaliert, Sozialdemokraten im anderen Teil in allen acht Bezirken — die hatten sogar ihre Sekretariate — tätig sein konnten. Ich war damals Landesvorsitzender. Nach dem Bau der Mauer haben wir beschließen müssen: Wir entlassen euch aus eurer Loyalität, wir können euch den Druck nicht mehr zumuten. Wir hätten jetzt, gestützt auf einen Beschluß der Vier-Mächte-Kommandantur aus dem Jahre 1946, die Tätigkeit im Ostsektor von Berlin wiederaufnehmen können.

(Beifall)

Aber damit hätte Unklarheit aufkommen können. Denn nach der Sommerpause, noch unter den Bedingungen der Halblegalität, hatte sich die SDP, die Sozialdemokratische Partei in der DDR, gebildet. Und ich sage hier ohne viel sonstige Worte: deren Initiatoren haben wirklich nicht nur Mut, sondern auch Einfallsvermögen bewiesen, und ihnen gebührt Respekt, Dank und Solidarität. Sie gehören zu uns, wie wir zu ihnen.

(Beifall)

In der SED, wie gesagt, jetzt mit einem Zusatz versehen, was den Namen angeht — spätere Beschlüsse vorbehalten — macht man es sich offensichtlich noch zu leicht. Mit ein bißchen Namensergänzung und verspäteter Anpassung an die seit fünf Jahren aus Moskau kommenden neuen Signale läßt sich eine neubegründete Überzeugung noch nicht hinreichend nachweisen,

(Beifall)

Jedenfalls ein erneuter Führungsanspruch nicht rechtfertigen. Apropos Signale: Es ist hart, aber nicht ungerecht: Das Volk, die Völker hörten die Signale und die SED-Funktionäre gehörten teils in die Rente, teils in den Wartestand.

(Beifall)

Ihnen, einem ergänzten Parteinamen zuliebe, neue Vorrechte einzuräumen, ist jedoch überhaupt nicht zu rechtfertigen.

(Erneuter Beifall)

Übrigens: Auch ein Bundeskanzler wird zu bedenken haben, daß er nicht wider Willen dazu beiträgt, das Leben abbruchreifer Strukturen zu verlängern.

(Beifall)

Mir liegt daran, liebe Freunde, hinzuzufügen: nicht alles, was gegen bisherige Spitzenfunktionäre der SED vorgebracht wird, kann überzeugen. Gewiß, „Korruptniks“ gehören vor den Kadi, erst recht allerdings solche, die für die Verfolgung Andersdenkender verantwortlich sind.

(Beifall)

Ich gehöre zu denen, die die in der bisherigen SED ausgebrochene Jagd auf Sündenböcke als altstalinistisch und widerwärtig empfinden.

(Beifall)

Wer dabei war und den Mund nicht aufkriegte, sollte für nachträgliche denunziatorische Tätigkeit nicht auch noch gelobt werden.

(Beifall)

Das gilt auch für so manchen Würdenträger der Blockparteien.

(Lebhafter Beifall)

Da gibt es Leute, die möchten mit Pfunden wuchern, die sie längst verspielt haben.

(Beifall)

Wir werden — grenzüberschreitend in mehrfacher Hinsicht — vieles in Ordnung zu bringen haben, bis die verschiedenen Teile unseres Vaterlandes gut zueinander passen. Meine Freunde, das sich einigende Europa hat in Zeiten, in denen es nationalstaatliche Beengungen zu überwinden gilt, unser übergeordnetes Ziel, unser Orientierungspunkt zu bleiben. Das gilt für die EG wie für unsere frühe Mahnung, daß Europa nicht an der Elbe endet. Hochachtung und wirkliche, tiefempfundene Verbundenheit kennzeichnen, denke ich, unser Verhältnis zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarn in Polen, zu den Ungarn, den Tschechoslowaken, den Bulgaren, auch dem Volk der Rumänen,

(Beifall)

wengleich dort ein verspäteter Byzantiner noch immer zu meinen scheint, er habe Sozialismus in einer Familie zu verwirklichen;

(Heiterkeit und Beifall)

eine freundliche Haltung nicht zuletzt übrigens zu den reformhungrigen und erneuerungsbedürftigen Völkern im Staatsverband der UdSSR. Vergessen wir nicht — obwohl außerhalb des bisherigen Ostblocks — die Völker Jugoslawiens, denen in deren eigenem und im europäischen Interesse dringend zu wünschen ist, daß sie den Zerfall ihrer Föderation zu verhindern wissen. Ich lasse hier, weil ich eh schon die Zeit über Gebühr in Anspruch nehme, ein bißchen weg, bitte das Präsidium nur, damit einverstanden zu sein, daß mein Text voll ins Protokoll aufgenommen wird. — Schönen Dank!

(Heiterkeit und Beifall)

Das Europa der Völker ist dabei, sich Gehör zu verschaffen. Kulturelle Identitäten gewinnen neue Gestalt. Sein Wille zu dauerhafter Sicherung des Friedens läßt sich nicht verkennen. Sein Drang zu wirtschaftlicher Einheit wird sich, weil so elementar, kaum bremsen lassen. Sie seien auf dem Weg von Ost nicht einfach nach West, sondern nach Europa, sagte unlängst einer aus der Donauregion. Und wer wollte bezweifeln, daß von dem mühsamen und mittlerweile doch überzeugenden Vorhaben des Zusammenschlusses im europäischen Westen magnetische Wirkungen ausgegangen sind! EG und Perestroika, und die Überzeugung der Mächtigen in Washington und Moskau, daß beide es sich nicht leisten könnten, von der Last der Rüstungsausgaben erdrückt zu werden, das alles hat zusammengewirkt. Aber daß Gorbatschows Perestroika noch immer schwer abzuschätzende Kräfte freigesetzt hat, wer wollte das übersehen! Für die Schubkraft haben die Menschen gesorgt, die sich nicht länger für dumm verkaufen lassen wollten.

Es ist ein Vorteil, daß bei allem sonstigen Streit die maßgeblichen Kräfte der bundesrepublikanischen Demokratie darin einig sind, daß die Europäische Gemeinschaft so ausgebaut werden soll, wie es beschlossen ist.

Durch den Gang der Entwicklung auf der Tagesordnung heraufgerückt ist die Verwirklichung einer überzeugenden EG-Ostpolitik. Sie wird sich in allem Wesentlichen ergeben müssen aus weitgehenden Kooperationsverträgen mit den einzelnen Staaten diesseits der Sowjetunion, mit der langfristigen, aber kaum umstößlichen Perspektive einer gesamteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion selbst kommt dann hinzu, wobei ja wohl keiner denkt, daß das europäische Haus notwendigerweise bis Wladiwostok reicht. Denn das wäre, glaube ich, nicht ganz praktisch; sonst wären wir bei den alten Ideen: von San Francisco bis Wladiwostok. Das wäre dann nicht mehr ganz Europa.

Objektive Gegebenheiten machen es möglich und deutsche Interessen sprechen dafür, daß die DDR rascher als andere an die EG heranrückt; um die Ecke herum war sie ja bisher schon dabei. Da das nicht unvernünftig ist, sollten wir ruhig ein bißchen nachhelfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Elemente einer europäischen Friedensordnung wollen wir einmal von ihrem hohen Begriff herunterholen. Was heißt das? Elemente einer solchen Friedensordnung beginnen sich deutlich herauszubilden, als Ergebnis der Verhandlungen, die in ein System gemeinsam zu kontrollierender europäischer Sicherheit münden: Wien etc. Durch die Impulse, die von der neuen Gipfelkonferenz nächstes Jahr in Helsinki ausgehen mögen, mit einer gesamteuropäischen Umweltagentur — nicht irgendwann, sondern in der ersten Hälfte der 90er Jahre —, hoffentlich mit so etwas wie einer gesamteuropäischen Kulturstiftung, bei voller Ausschöpfung der Möglichkeiten, über die der sich öffnende Europarat in Straßburg und die lange dahindämmernde ECE — Economic Commission for Europe — in Genf verfügen; die beiden deutschen Staaten sitzen dort jedenfalls mit am Tisch.

Alle diese institutionellen Ansätze sind zu nutzen, wenn von der europäischen Einbettung deutsch-deutscher Politik die Rede ist.

Für Berlin ist zusätzlich zu bedenken, wie es mehr als eine der kommenden gesamteuropäischen Institutionen — vielleicht mehr als eine — gut bei sich aufnehmen kann, zusätzlich zu den Organen von so etwas wie der deutschen Konföderation.

Europäische Friedensordnung, das heißt dann auch, daß Antwort auf jene Fragen gegeben wird, die normalerweise in einem Friedensvertrag für Deutschland zu beantworten gewesen wären.

Bei alledem ist darauf zu achten, daß die Europäer und die Deutschen in Europa die globalen Probleme nicht aus dem Auge verlieren: den Hunger und die gravierenden Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt ebenso wenig wie die weltweite Bedrohung der natürlichen Umwelt. Vielerorts — ich muß euch das in allem Ernst sagen — im Süden wird befürchtet, die neuen Aufgaben in Mittel- und Osteuropa würden auf Kosten der ohnehin mager ausgestatteten Entwicklungspolitik gehen. Diese Furcht ist nicht unbegründet. Das darf aber nicht geschehen.

(Beifall)

Wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Wenn ich von globalen Fragen spreche, so sage ich dies auch in dankbarer Erinnerung an Professor Sacharow, der heute in Moskau zu Grabe getragen wird. Unsere europäischen und globalen Perspektiven werden wir nicht einem nationalen oder gar einem nationalistischen Zeitgeist opfern. Wenn verderbliche Parolen ausgegeben werden, haben wir dem konkret europäische und multinationale Ideen entgegenzusetzen. Und sie zu verwirklichen, soweit die Kräfte reichen. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß sich deutsche Sozialdemokraten sehr viel Mühe gegeben haben, Vorhaben der europäischen Einigung zum Durchbruch zu verhelfen. Und dabei den Ausgleich zwischen europäischen und nationalen Interessen glaubhaft zu machen.

Unsere Vorgänger haben vor erheblich mehr als hundert Jahren nicht nur der Vision eines verträglichen, miteinander verbundenen Europa angehangen; sie legten sich auch früh für die deutsch-französische Verständigung ins Zeug, während fast überall ein gefräßiger Imperialismus ins Kraut schoß. Daß sich die SPD nach dem Ersten Weltkrieg programmatisch zu den Vereinigten Staaten von Europa bekannte, das ist hier zu Recht schon einmal festgehalten worden — wenn ich auch vermute, wir würden dafür heute eine Bezeichnung finden, die weniger im 19. Jahrhundert verwurzelt wäre.

Wir waren im Untergrund, im Gefängnis und im Exil dafür, daß Europa komme. Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg — als Opposition und als Regierung — die Sache Europas gefördert und vorangebracht, im Westen. Da haben wir nämlich angefangen, bevor wir die Verträge machten, die Westpolitik flottzumachen. Dann kam das andere dazu. Als wir die Ostverträge erst auf den Weg und dann über die parlamentarischen Hürden brachten, taten wir es in der Überzeugung, dies diene der Sicherung des Friedens und liege gleichermaßen im europäischen wie im nationalen Interesse. (Gorbatschow haben wir freilich nicht erfunden; der gegenwärtige Bundeskanzler erst recht nicht.) Zur Konferenz von Helsinki im Sommer 75 wäre es nicht gekommen, hätten wir den Schlüssel verweigert (wie es, den meisten kaum noch erinnerlich, die damalige Opposition von uns erwartete). Wir sind mit guten Freunden in Europa und Amerika daran gegangen, den Gedanken gemeinsamer Sicherheit zu konkretisieren.

Mein Gedächtnis müßte mich schwer täuschen, wenn wir besonders beim letzteren, bei der Ostpolitik und der gemeinsamen Sicherheit, auf die Zustimmung oder auch nur das Verständnis derer gestoßen wären, die bei uns in der Bundesrepublik seit geraumer Zeit den Eindruck erwecken möchten, sie seien schon immer dafür gewesen.

(Beifall)

Es ist sehr gut, wenn man hinzuzulernen versteht. Aber die Drangsalierung — ich muß dies mal so nennen dürfen —, die Drangsalierung, gegen die wir uns durchzusetzen hatten, war erheblich. Sie raubte Kräfte und

gefährdete Chancen. Und die Anfeindungen kamen, wie es wohl nicht anders sein konnte, aus mehr als einer gegnerischen Ecke.

(Vereinzelter Beifall)

Wir können jedoch stolz sein, in der Tradition derer zu stehen, die sich schon dem großsprecherischen und säbelrasselnden Wilhelminismus nicht beugten. Und was immer man der Weimarer Republik, der schwächlichen Weimarer Republik, ankreiden mag, niemand kommt daran vorbei, daß der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert Entscheidendes dazu beigetragen hat, daß Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg zusammengehalten wurde.

(Beifall)

Während der Nazidiktatur haben wir den Gedanken vom anderen, europabewußten Deutschland nicht untergehen lassen. Und niemand kann bestreiten, daß Kurt Schumacher und Ernst Reuter und die anderen — einige von uns sind ja noch dabei — nach dem Zweiten Weltkrieg das ihnen Mögliche daransetzten, von Deutschland zu retten, was zu retten war. So war die Formel. So war der Inhalt der Aufgabe.

Daher haben wir uns auch nicht mit der billigen Wiederholung von Beschwörungsformeln begnügt, sind auch nicht allzu simplen Rezepten zur automatischen Wiederherstellung der staatlichen Einheit gefolgt. Wenn ich mich selbst aus dem Jahre '62 zitieren darf: „Zwischenlösungen sind denkbar. Eine Entwicklung in Etappen ist wahrscheinlicher als die Wahl zwischen These- und Antithese. Die Einbeziehung legitimer Sicherheitsinteressen aller Beteiligten wird ohnehin unerlässlich sein.“

Es gibt nicht mehr viel, verehrte Anwesende und liebe Freunde, das mich überraschen könnte. Aber wundern tue ich mich schon, wenn ich etwa den Vorwurf höre, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands habe sich den Kommunisten angebedert oder sich mit ihnen naiv verbrüderet. Ich könnte mehr als eine Retourkutsche fahren. Laßt mich hier nur sagen: Diese deutsche Sozialdemokratie, die ist unangefochten geblieben in ihrer Ablehnung jeder Form von Diktatur, ihrem Widerstand gegen jede Form von Gewaltherrschaft. Und worin wir immer sonst geirrt haben mögen oder womit wir unzulänglich gewesen sein mögen: Knechtschaft und Krieg haben wir nie über unser deutsches Volk gebracht.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Verdächtigend von Anbietern zu sprechen, ist eine unwürdige Form der Auseinandersetzung.

(Beifall)

Oder soll unsereins beginnen vorzurechnen, wer wann mit wem Hirsche und Bären jagen ging,

(Beifall)

wer sich von welchem Devisenbeschaffer und Waffenhändler einspannen ließ und wer vor wem welchen Teppich ausrollte? Nein, Anbieterbonsbons brauchen wir uns nicht ans Jackett oder an die Bluse kleben zu lassen.

(Beifall)

Freilich, angesichts von Kaltem Krieg und Eisernem Vorhang gab es Vorgänge, die man Deutschlands und des Friedens wegen nicht liegen lassen durfte, sondern um die man sich auch mit schwierigen Partnern — Gegnern/Partnern — zu bemühen hatte. Und deutsche Sozialdemokraten hatten einen wesentlichen Anteil daran, daß einer großen Zahl bedrängter Landsleute geholfen werden konnte, daß die beiden Staaten noch vor den jüngsten Veränderungen einander nicht im Weg standen, wo es um Rüstungsabbau in Europa ging, daß man beginnen konnte — wo sitzt Erhard Eppler? —, auch über tiefgreifende

Meinungsverschiedenheiten zivilisiert miteinander zu reden.

(Beifall)

Wichtig erscheint mir, der grundsätzlichen Bedeutung nachzugehen, die dem katastrophalen Scheitern kommunistischer Parteien, auch wenn sie sich anders nannten, zukommt. Waren es etwa, wie einige sagen, im wesentlichen „Abweichungen“ von der rechten linken Lehre, die sie im Abgrund oder hart an dessen Rand landen ließen? Nein, daß Stalinismus und dessen Verlängerung in Wirklichkeit Antisozialismus waren, hat sich selbst in Rußland herumgesprochen.

(Beifall)

Und für den Stasiismus gilt Entsprechendes.

Sich über das Volk zu erheben, die breiten Schichten geringzuschätzen, das war in einer Ausprägung der frühen russischen sozialistischen Bewegung angelegt — in einer Ausprägung —, so auch die absurde Vorstellung, auf Wirtschaft wie auf Staat Regeln zu übertragen, die militärischen Reglements entlehnt waren.

Es war ein schweres Versäumnis, nicht noch energischer, als wir es getan haben, dagegen angegangen zu sein, daß der Begriff Sozialismus für diktatorische Herrschaftsformen und Kommandowirtschaft in Anspruch genommen wurde.

(Beifall)

Auch Leuten, denen solche Klarheit zuwider ist, muß eingehämmert werden: Die geistige Fundierung der freiheitlichen Sozialdemokratie unterscheidet sich nicht graduell, sondern ist etwas prinzipiell anderes als die eines autoritären Kollektivismus.

(Beifall)

Und einen Sozialismus, der keiner war, konnte man auch nicht reformieren.

(Beifall)

Historisch bemerkenswert bleibt die im wesentlichen gewaltfreie Ablösung und Selbstaufgabe jener Parteien und Regime, die durch sowjetische Hilfe an die Macht gekommen waren und allzulange dort belassen wurden. Da nun erwiesen ist, daß jener Weg eine Sackgasse war, ist schwer zu verstehen, wozu ein dritter Weg empfohlen wird.

Wer die Verhältnisse in der DDR auch nur einigermaßen kennt, weiß, daß nicht nur die Häuser neue Farbe bitter nötig haben, sondern daß vor allem der Anschluß an moderne technische Möglichkeiten und zeitgemäße Formen des Wirtschaftens dringend gewonnen werden muß. Der Teil Deutschlands, den heute die DDR ausmacht, hat die Chance, im nächsten Zeitabschnitt einen großen Schritt nach vorn zu tun. Die Erneuerung von Produktionsapparat und Infrastruktur erfordert — anders geht das gar nicht — vielfältige Kooperation mit fortgeschrittenen westdeutschen oder europäischen Unternehmen und Instituten. Diese Zusammenarbeit kann nur gedeihen, wenn nicht geringgeschätzt wird, was drüben unter von Beginn an schwierigen Bedingungen zustande gebracht wurde.

(Beifall)

Diese Kooperation darf nicht geprägt sein durch gleichschaltende Überheblichkeit; sie muß von partnerschaftlichem Denken getragen sein, und eine solche Perspektive wird es vielen noch lohnender erscheinen lassen, dort zu bleiben und zu wirken, wo sie zu Hause sind.

(Beifall)

Kapitalismus mit menschlichem Antlitz sei besser als Sozialismus ohne — so höre ich es aus dem sozialdemokratischen Schweden. Doch das stimmt ja auch nur, wenn man es durchgehen läßt, als Sozialismus zu bezeichnen, was den Menschen vermeidbare Not aufhalst und ihnen tatsächlich die Chance nimmt, ein wachsendes Maß an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erfahren. Diese Chance nicht zu zerstören und nicht zu verbauen — dafür steht die Sozialdemokratie.

Ich sage, liebe Freunde: Die SPD ist wieder da, auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt, in Thüringen, in Mecklenburg und in dem, was von Preußen übriggeblieben ist. Die Sozialdemokratie erlebt ihre Wiedergeburt zugleich in jenen anderen Teilen Europas, in denen sie während der zurückliegenden Jahrzehnte verfolgt und in Zwangsjacken gesteckt worden war. (Es wird dabei noch manche Zersplitterung geben; das läßt sich bei Neuanfängern selten vermeiden.) Engagierte Frauen und Männer gehen neu ans Werk in Warschau und in Prag, in Budapest und in Sofia und vielerorts sonst. Auch an manchen Stellen in der Sowjetunion wird jetzt häufiger, als man es noch zur Kenntnis nimmt, auf sozialdemokratische Gedanken zurückgegriffen.

Im Revolutionsjahr 1989 drängt nicht länger nur der sozialdemokratische Gedanke zur Wirklichkeit, es drängt nunmehr auch die Wirklichkeit zum sozialdemokratischen Gedanken. Das ist eine Anleihe von dem Mann mit dem dicken Buch. (Das Kapital)

(Beifall)

In der Tat, die Wirklichkeit drängt zum Gedanken, das noch Sperrige ist das Sperrfeuer von Ewiggestrigen. Sozialdemokraten, zumal deutsche Sozialdemokraten, werden wichtige Beiträge auf dem Weg zu leisten haben, der jetzt vor uns liegt, durch die Menschen nicht überfordernde Ansprüche an Herz und Kopf. Ich wähle diese Reihenfolge.

(Beifall)

Zumal: Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie. Dieser Berliner Parteitag wird nach allem, was ich erkennen kann, ein inhaltsstarkes Programm beschließen. Ein Programm der sozialen Demokratie, des ökologischen Umbaus, der unverkürzten Menschenrechte, der europäischen und internationalen Verpflichtung, und das fügt sich gut ein in die neuen Wegbestimmungen unserer weltweiten Parteienfamilie, unserer Internationale.

Nicht zum erstenmal kann die SPD über das eigene Land hinaus eine bedeutende, manchmal sogar bahnbrechende Rolle spielen. Als Hauptwidersacher der Kommunisten — ich wiederhole: als Hauptwidersacher der Kommunisten — war die Sozialdemokratie mehr als andere prädestiniert, das geistige Gefecht gegen sie zu führen. Gleichzeitig hatten wir die ökonomische Rationalität des Westens an die Grundwerte zurückzubinden und den Sozialstaat entwickeln zu helfen, und darin sind wir in West-, erst recht in Nordeuropa ein Stück vorangekommen. Nur: Die „neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens“, um die es zentral im Berliner Programm gehen wird, die war in einer Welt des waffenstarrten Ost-West-Gegensatzes weder im Innern noch in den äußeren Beziehungen hinreichend zu verwirklichen.

Das Zerbrechen der alten Ost-West-Feindschaft hat mehr als die Berliner Mauer in die Bereiche des Musealen befördert, auch Mauern zwischen manchen veralteten Gedanken und neuer Wirklichkeit. Die neue Wirklichkeit drängte zu Gedanken der Einheit, der Zusammenarbeit und der sozialen Demokratie. Ein sozialdemokratisches Jahrhundert — Hans-Jochen war heute morgen schon mal dabei — kann dieses leider nicht mehr werden, aber von uns, von unsereins stark mitgeprägte 90er Jahre, das erscheint in greifbare Nähe gerückt. Die Gefährdungen sind nicht zu Ende, aber die Absurditäten vom Ende der Geschichte sind zu Ende, haben auch nicht lange gedauert,

(Beifall)

einen Sommer und einen Herbst.

Nein, alternativlos geht die Geschichte nicht zu Ende, und es lohnt sehr, an vernünftigen Alternativen mitzuwirken. Ich wünsche mir meine Partei ein weiteres Mal als einigende Kraft in unseren Landen und als demokratische Gewährsmacht für Europa in Deutschland.

Schönen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall. Die Delegierten erheben sich)